

Berliner Tageblatt



Nr. 156

und Handels-Zeitung

Chief-Redakteur Eberhard Wolff in Berlin
Druck und Verlag von Rudolf Möller in Berlin

Das Ergebnis der Reise Loucheurs.

Der augenblickliche englische Standpunkt.

„Das Eis gebrochen.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 9. April.

Die eingehendsten Momente der Reise Loucheurs werden von den Sonntagblättern gefeiert, die wie die übrige Presse betonen, daß der Besuch Loucheurs zur Klärung der Lage und zur Andoherung einer Besserung der englisch-französischen Beziehungen beigetragen habe. Denn die „Sunday Times“ schreiben, sei der gegenwärtige französische Ministerpräsident unglaublich seinem Vorgänger Briand nicht imhinein gewesen, irrtümliche Beziehungen zu britischen Staatsmännern herzustellen, die so oft politischen Verwicklungen vorzuziehen. Es sei daher denkbar, daß Loucheur mit seiner sympathischen Persönlichkeit die kalte Atmosphäre durchbrochen habe, die über den letzten französisch-englischen Verhandlungen lag. Loucheur habe, sagt der „Observer“, das Problem am anderen Ende angefaßt, und habe zunächst einmal festgestellt, wie weit die Ansichten der Engländer mit den seinen übereinstimmen. Zunächst sei man in Frankreich wie in England der Überzeugung, daß der Frieden Europas nicht ohne die Zusammenarbeit der beiden Völker wieder hergestellt werden könne. Sodann sei man einig, daß der Zahlungsplan vom Mai 1921 ein Mangelwerk sei. Es bestehe kein Zweifel, daß man nicht über die Höhe der Reparationen in vernünftigen Sinne verhandeln könne. Auch das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs werde von den Engländern verstanden. Der große Unterschied bestehe in den Mitteln, dieses Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen; denn hier unterschiede sich Loucheur nicht von Briand. Der Standpunkt der britischen Regierung, den man, wie das Blatt schreibt, Loucheur ganz offen dargestellt habe, sei, daß eine französisch-englische Annäherung ein Ersatz für die französische Außenpolitik, nicht aber eine Zugabe dieser sein könne. Die englische Regierung könne in keine Zurückhaltung des Deutschen Reiches einwilligen, da diese offen oder unter dem Deckmantel des Völkerbundes oder einer internationalen Verhandlung vorgenommen werde. Dies habe man Loucheur ins Gesicht gesagt, der es zweifellos Briand übermitteln werde. Loucheur habe sich, fährt der „Observer“ fort, gezeigt, etwas ähnliches wie den Baron Sawson, den Zahlungsplan vom letzten Januar annehmend, aber er betradete dies als einen Teil eines Geschäftes, indem England als Gegenseitigkeit die französischen Rheinlandspläne annehmen sollte. Die englische Regierung könne auf einen deutschen Handel nicht eingehen, aber trotzdem sei das Eis gebrochen und man könne mit weiteren Entwicklungen rechnen. Die Deutschen hätten hierbei in der nächsten Zeit eine wichtige Rolle spielen. Wenn sie ein Angebot machen würden, das ungefahr dem Baron Sawson'schen Plan entsprechen würde (was für Deutschland nach der Schöpfung durch die Ruhrbesetzung natürlich noch mehr eine Unmöglichkeit ist als vorher). Die Bed., und das deshalb für die Loucheur-Anhänger in Frankreich annehmbar sei, so könnten sie hiermit mit der Einführung des Kupfergesetzes beginnen. Was die Stimmung in Frankreich betrifft, so stellt die „Sunday Times“ fest, daß trotz aller optimistischen Berichte das Mißbehagen vor allem in wirtschaftlichen Kreisen über das Kupferunternehmen zunehme. Denn das Kupferunternehmen sei wirtschaftlich ein vollkommenes Mißgeschick gewesen. Es bringe nur Ausgaben, aber keine Einnahmen. Auch die künftige Sicherheit Frankreichs werde hierdurch nicht verbessert. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis die Franzosen erkennen, daß sie Sand aufbauen, und daß sie einen Ausweg finden müssen, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Der Widerstand der Deutschen sei ganz unerwartet stark (formidable) gewesen und während man von ihm unmittelbar keinen beachtlichen Kapitalismus spreche, so seien andererseits Anzeichen dafür vorhanden, daß sie ihren Krieg mit derselben Hartnäckigkeit und derselben Selbstauferopferung durchsetzen würden, die sie schon lang gegen die Blockade bewiesen hätten.

Wir wollen uns durch diese Witterungen nicht über die Gerüchtheit der Franzosen täuschen; trotzdem zeigen sie, daß man in England mit Verhandlungsmöglichkeiten, die so wohl zur Wiederherstellung der Entente als zu einer Vereinbarung mit Deutschland führen könnten, rechnen, und deshalb ist Loucheur so überaus herzlich begrüßt worden. Er sei der Staatsmann Frankreichs, schreibt die „Sunday Times“, „Doutlet“ der Frankreich, England und ganz Europa vor dem wichtigsten Verfall retten könne. Der Poincaré dem Kontinent beherrsche. Poincaré sei eine Gefahr für England, wie es Spanien, Polen und Wilhelm II. gewesen. Auch der immer sehr wichtige Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt, die Reise Loucheurs habe eine Bewegung der Geister geschaffen, von der man manches erwarten könne. Man glaube in weiten Kreisen, daß jetzt eine Grundlage für eine Ausbezahlung gegeben sei, die zur Einigung zwischen England und Frankreich führen könne. Poincaré habe die belgischen Minister zu einer Besprechung nach Paris eingeladen, bei der die neue Lage geprüft werden solle. Es sei sehr wahrscheinlich, daß dann offizielle Besprechungen stattfinden würden, bei denen sowohl England wie Italien beteiligt sein würden. So bestehe die Hoffnung, daß die Entente auf der Grundlage eines praktischen Reparationsplanes wieder hergestellt würde. Dann könnte Deutschland seinen Widerstand nicht mehr fortsetzen. Eine Reihe internationaler Konferenzen und, wenn möglich, eine Vereinbarung zwischen den Alliierten würde wahrscheinlich der Erörterung mit Deutschland vorangehen. (Das wäre also wieder der Verhandlungsmodus, der Deutschland die gleichberechtigte Stellung verleiht und ihm die Möglichkeit der Alliierten wiederum nur à la mode auf den Tisch legt. 2. Red.) Der Pariser Korrespondent der „Daily Express“ berichtet, daß diese fran-

zösische-belgische Konferenz schon Mitte nächster Woche in Paris stattfinden werde. Eine weitere Konferenz, an der Italien und von englischer Seite Lord Curzon teilnehmen werden, könnte in ungefähr vierzehn Tagen erwartet werden. „Doutlet“ hält eine solche Konferenz für unmöglich, solange Poincaré am Ruder sei. Im übrigen betont die gesamte Presse, daß die Mission von dem „privaten Besuch“ Loucheurs sich nicht mehr aufrecht erhalten lasse.

Bevorstehende belgisch-französische Besprechung in Paris.

Reise Theunis und Jaspers nach Paris. — Bericht-erstellung Loucheurs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. April.

Die Montagblätter teilen mit, daß die belgischen Minister Theunis und Jaspers am Freitag in Paris einreisen werden, um sich mit Poincaré über die Lage im belgischen Gebiet und die Reise Loucheurs zu unterhalten. Es ist wahrscheinlich, daß Loucheur selbst bei dieser Gelegenheit über seine Eindrücke Bericht erstatten wird. Die Gegner jeder gemäßigten Politik, allen voran das „Cépe de Paris“, bemühen sich, Poincaré zu einer öffentlichen Erklärung über die „unveränderte Festigkeit“ der französischen Mission zu drängen. Der Ministerpräsident hat am Sonntag nach Brüssel telegraphiert, daß Loucheur keine offizielle Mission gehabt habe und daß die Politik Frankreichs die gleiche bleibe. Diese selbstverständliche Versicherung wird von der Regierungspresse stark unterstützt, während die Opposition ihr nur die Bedeutung einer diplomatischen Formalität beilegt. „An den Tatsachen ist nichts zu ändern“, schreibt das „Cépegramme“. Wenn unsere leitenden Männer die Überzeugung gewonnen haben, daß die Liquidation des Krieges und die Lösung des Reparationsproblems ohne Mitwirkung von London und Washington unmöglich ist, dann muß daraus gefolgert werden, daß die Besetzung des Ruhrgebietes, die uns als das einzige Mittel zur Erlangung unserer Handlungsfreiheit gebildet wurde, sich als unpraktisch und kostspielig erwiesen hat. Deshalb hat man sie demnächst überflüssig erachtet und ohne genügende Vorbereitung durchgeführt.“ Die Londoner Korrespondenten der Pariser Zeitungen warnen vor Illusionen über die Empfindung Englands. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß die Mehrheit der Engländer jemals für die Gründung eines unabhängigen Rheinlandes sein werde. Die meisten Engländer hätten auch immer noch Bedenken, daß die Franzosen im belgischen Gebiet bleiben wollen, denn sie sagten sich, daß die Verpflichtung zur Räumung nach erfolgter Zahlung gar nichts bedeute, solange unmögliche Summen unter unmöglichen Bedingungen verlangt würden. Diese Forderung sei peinlich, aber sie müsse gemacht werden, um weitere Enttäuschungen zu vermeiden („Le Journal“). Poincaré selbst hält sich mit Erklärungen zurück. Er hat aber ein halbes Dutzend seiner Minister zur Einweisung von Kriegerveteranern in die Provinzen geschickt, wo man in allen Himmelsrichtungen Frankreich die alten Reparationsweisen angeht. „Wir werden das belgische Gebiet nach Maßgabe der deutschen Leistungen räumen“, erklärte der Kriegsminister Maginot in Saint Omer, und Herr Heibel und Herr Cheron von der Unterabteilung für Krieg gegen den anderen Ort das gleiche. Alle diese Reden oder Klagen gegen den früheren Wortbruch etwas gebührend. Während so laut betort wird, daß die Forderungen Frankreichs die gleichen bleiben, erscheinen an zwei Stellen ausführliche Mitteilungen über die Pläne für die Reparationszahlungen, die immerhin einige Änderungen verraten. Im „Matin“ spricht heute früh der Generaldirektor und Senator Henry de Bonavent. „Dem wir wissen, was wir wollen, dann können wir uns offen erklären. Das französische Reparationsprogramm enthält fortan die folgenden Grundzüge: 1. Jedes Volk muß seine eigenen Kriegskosten bezahlen. Da Frankreich nach dem Vertrag darauf verpflichtet ist, die Zahlung der Kriegskosten von Deutschland zu verlangen, dürfen die anderen Verbündeten auch keine Zahlungen von Frankreich fordern. Die interalliierten Schulden müssen ausgeglichen werden. 2. Jedes Volk muß seine eigenen Pensionen bezahlen. Auch dieser Grundzug führt dazu, daß Frankreich an die Verbündeten nichts zahlen könne. 3. Deutschland muß den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bezahlen, und zwar nach dem Plan, den Briand aufgestellt hat. Um diesen Plan durchzuführen, gehe es, daß Deutschland in den nächsten fünf oder sechs Jahren Anleihen aufnimmt. Wenn die Engländer und Amerikaner auf die Forderungen an die anderen Verbündeten verzichten und Deutschland von der Zahlung der Pensionen befreit ist, bleibt als Aushilfsmaß Deutschlands schließlich eine Summe übrig, die an Kapital und Zinsen etwa 40 Milliarden Goldmark ausmacht.“ Diese einfachen Maßnahmen müßten die Verbündeten verstehen. Solange das Verständnis ausbleibe, müsse Frankreich die Ruhr besetzt halten.

Ob dieser Plan in allen Punkten den Ansichten Poincarés entspricht, erscheint etwas zweifelhaft. Aber es muß konstatiert werden, daß der im Journal erwähnte Plan des Belgiers ziemlich schon seit dem Januar fortwährend in Gesprächen mit alliierten Wirtschaftsleiterhandlungen als die beste Lösung bezeichnet wird. (Siehe auch Seite 2.)

T. W. Die französischen Blätter sagen, die Reise des Herrn Loucheur nach London habe in Deutschland übertriebene Erwartungen und Hoffnungen erweckt. Das ist ein Irrtum oder eine Überschätzung, denn wenn auch trotz des politischen Verständnisses nicht Allgemeinwissen der Nation ist, dürfte sich doch nur sehr wenige Leute für den Gedanken erwidern, daß bei dem Londoner Besuche des Herrn Loucheur die Beendigung der Ruhraktion bereits in einer vernünftigen, gerechten und klaren Weise vorbereitet worden sei. Gewiß, es kann uns nur angenehm berühren, daß man in Frankreich die Ausführligkeit der militärischen Maßnahmen einsehe und, nach so vielen Protesten gegen jede fremde Einmischung, jetzt auswärts Mut und Hilfe sucht. Wenn der französische Imperialismus eine Möglichkeit sehen würde, den Widerstand der Ruhrbevölkerung zu brechen, wäre Herr Loucheur sicherlich nicht nach London geeilt. Die deutsche Regierung, die nicht den immer verhandlungswilligen Regierungen folgen darf, wird sich auch nicht durch diejenigen Kreise, die noch zu jeder Zeit realpolitische Erwägung durchtönen Worte erheben, verleiten lassen dürfen, grundsätzlich in einer tapferen Untätigkeit zu verharren. Es kann nur immer nützlich sein, durch gelegentlichen Aufbruch von Selbsterhaltung lebendig zu erhalten, das man durchaus nicht für die reine Flamme hält. Aber wie sollten wir annehmen, daß mit allen Salben gefaltete Loucheur, der ein Gegner der Ruhrbesetzung war, dazu die Rheinlandschancen herbeiführt und jetzt mit Zustimmung Millereuds und Poincarés in London weilte, sei der Mann eines ganz neuen Geistes, einer ganz neuen Politik? Wie sollten wir undogmatisches Vertrauen zu dem Kabinett Douar Lam haben, in dem Lord Derby die französischen Interessen mit Herzenswärme verteidigt. Sir W. Lloyd George nur vom englischen Gesicht und gar nicht vom deutschen Rechte spricht? Wie sollten wir selbst den englischen Liberalen von der Geltung jenes Cecil vertrauen, der in der Vergangenheit Freiheit des Rheinlandes nur ein Laubhübler sieht? Allgüte von ihnen sind fähig, auf der Stange des Bauers stehende Äffel, die nur dort und wann den Prinzipien zustimmen und müde die Augen schließen, sobald ihnen die Selbstheit lästig wird.

Diese Bedenken können wahrhaftig nicht durch die Mitteilungen über das Loucheur-Programm beseitigt werden, die man in „Daily Telegraph“ und anderen veröffentlicht hat. Neben den fünfzig Milliarden Goldmark, die Deutschland bezahlen soll, spielt darin immer die Hauptrolle der Gebante, das Rheinland aus dem preußischen Staatsvermögen loszulösen, es zu einem deutschen Bundesstaat zu machen oder auch mit dem Saargebiet zu einem solchen Staat zu vereinigen, es zu „autonominieren“ und unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen. Es muß zunächst bemerkt werden, daß alle Angaben über diesen Plan bisher sehr unklar sind, und daß beispielsweise nicht daraus hervorgeht, ob das Rheinland sofort von den alliierten Truppen geräumt werden soll. In einem Bericht heißt es, „die Brückenköpfe“ sollten für die im Verfall der Verträge vorgesehene Zeit französische Besatzung behalten, und der unbedeutliche „Temp“ erklärt, bis zum Jahre 1925 müßte alles wie bisher bleiben, und dann erst dürfe die Aera des Völkerbundes beginnen. Die „Autonominierung“ des Rheinlandes ist bereits durch die Artikel 42 und 43 des Verfall der Verträge so gründlich gebildet worden, daß man die Notwendigkeit neuer Bestimmungen gar nicht anerkennen kann. Deutschland darf auf dem linken Rheinufer und ebenso auf dem rechten, fünfzig Kilometer weit östlich, keine Besatzungen haben und jede dauernde oder zeitweilige Anwesenheit von Truppen in dieser Zone ist unzulässig. Gibt das dem bedauernden, bedrohten Frankreich noch seinen genügenden Schutz? Kann ein halbwegs ehrlich und nüchtern prüfender Engländer übersehen, daß eine Umwandlung des Rheinlandes in einen Bundesstaat nur den einen Zweck haben würde, die sogenannte föderale Eröderung zu erleichtern und den Weg des Grobroters von hinderlichen Störungen zu befreien? Wobei geht die Frage, wie die einzelnen deutschen Gebiete sich einzurichten wollen, doch nur Deutschland etwas an. Es ist eine reine deutsche Angelegenheit, ob eine Provinz bundesstaatliche Autonomie erlangen soll, und wir würden gern wissen, auf welche Vertragsartikel man sich bei solcher Projektion berufen will. Auch von einer Völkerbundeskontrolle und ähnlichen Dingen erwähnt der Friedensvertrag nichts. Wenn man eine allgemeine Vertragsrevision erwirbt, so läßt sich darüber reden, aber jede Unterhaltung ist unmöglich, wenn man beschließt, die Revision mit einer Bewehrung der Zwangsmaßnahmen und neuen Eingriffen in die deutsche Selbstständigkeit zu beginnen. Das alles muß deutlich gesagt werden, weil annehmend, falls werdens die französischen Meldungen zutreffen, auch in England manchen solchen Mißverständnis der Ruhraktion für erreichbar hält. Keine Regierung, keine Partei in Deutschland würde mit ihrem Nein sagen, wenn man versuchen wollte, in der Besetzung der Rheinlande die staatsliche Souveränität und in der Besetzung der Reichsgebiete noch über den Verfall der Verträge hinauszugehen. Es ist selbstsam genug, daß derartige Ideen auch in dem Lande erweckt werden können, in dem heute schon so viele gute Menschen sich überzeugt von der Sinnlosigkeit und Gefährlichkeit des Vertrages sind. Unnötig ist es, immer wieder auf die Selbstheit einer Politik hinzuweisen, die unter der französischen Hegemonie leidet und ihr gleichgültig die Unten öffnen will. Ein französischer Äffel sag zu den wertvollsten blühenden Kollegen über den Kanal. Verunfallt war es jene erste Schöpfung, die noch keinen Sommer macht.

Bei der Beurteilung der Situation muß beachtet werden, daß die politische oder politisierende Gesellschaft in Frankreich allmählich in die Wahlkampagne hineingelangt. Die Deputiertenwahlen werden wohl erst in einem Jahre stattfinden, aber die agitatorischen Vorbereitungen laufen frühzeitig an. Rechts und links, beim bloßen nationalen wie bei der Opposition, wird die Agitation sich um das Ruhr-Interesse drehen. Jeder hat seine These zu verteidigen, die National-